

<< Hanauer Anzeiger vom 20.12.2014 >>

Für die Vorlage eines zustimmungsfähigen Haushalts gilt es zunächst einmal, richtig zu rechnen. Der von Bürgermeister Maibach genannte Durchschnittsbetrag von 266 Euro Grundsteuer ist falsch. Er wird – nachprüfbar – schon heute in fast jedem Steuerbescheid übertroffen. Bei dem von Maibach genannten durchschnittlichen Messbetrag und dem von ihm vorgeschlagenen Hebesatz von 566 Punkten (Prozenten) ergeben sich dann im Jahr 2017 Grundsteuern von 1075 Euro pro durchschnittlichem Grundstück in Bruchköbel.

Noch wichtiger dürfte allerdings sein, dass der hauptamtliche Bürgermeister als Finanzdezernent im Konzept zur Haushaltskonsolidierung endlich aufhört einzig und allein Steuer- und Gebührenerhöhungen vorzuschlagen. Er muss in seiner Verantwortung eigene konkrete Einsparvorschläge mit einer Reihenfolge nach Prioritäten vorlegen und nicht nur eine unbewertete „Liste der Grausamkeiten“ den Stadtverordneten zur Auswahl vorlegen.

Dann ist eine aktive Werbung für Mehrheiten erforderlich, nicht der sich aufdrängende Eindruck von Desinteresse angesichts fehlender Mehrheiten des Bürgermeisters.

Da hilft es nicht, die sicherlich notwendige, bessere Finanzausstattung durch die schwarz-grüne Landesregierung einzufordern oder die für die Städte negativen Folgen der „schwarzen Null“ von rot/schwarz in Berlin zu beklagen. Gerade weil hier vom Land Hessen und dem Bund verantwortlichen Parteien nichts zu erwarten ist, kann sich Bruchköbel keine Personalkostensteigerungen von 1,1 Mio. Euro leisten, von denen Bürgermeister Maibach lediglich 300.000 Euro mit Tarifsteigerungen erklärt.

Die aktuell vorgelegten Zahlen belegen eine sparsame Haushaltsführung durch die Beschäftigten im Rathaus. Dafür ist ihnen zu danken. Für die notwendigen strukturellen Grundsatzentscheidungen ist jedoch die politische Führung des Rathauses notwendig. Aussitzen hilft dabei nicht. Die absehbare Schließung zumindest des Bruchköbeler Hallenbads ist dafür ein Beleg. Schon 2010 hat der Bruchköbeler Bürgerbund darauf hingewiesen, dass die Betriebskosten des energetisch veralteten Bades und die technische Einrichtung einen Weiterbetrieb für höchstens 5 bis 10 Jahre erwarten lassen. So weit sind wir jetzt. Die damalige Chance der großzügigen Mitfinanzierung durch das Land Hessen ist vertan. Ein von den Betriebskosten her wesentlich günstigeres und moderneres Sportbad hätte in Bruchköbel den Bürgern zur Verfügung stehen können und zugleich den Weiterbetrieb des Freibads gesichert. Diese Chance wurde vertan.

Harald Hormel,
Stadtverordneter des Bruchköbeler BürgerBund